

«Der Hilfsfonds ist ein richtiger, erster Schritt»

Opfervertreter Walter Zwahlen befürchtet, dass die bis zu acht Millionen Franken, mit denen ehemalige Verdingkinder unterstützt werden sollen, nicht reichen.

Mit Walter Zwahlen sprach Felix Schindler

Es ist ein dunkles Kapitel der Schweizer Geschichte: Bis in die 80er-Jahre wurden Kinder von den Behörden ohne Gerichtsbeschluss in Heime gesperrt oder auf Bauernbetrieben verknechtet. Sie hatten keine Rechte, bekamen keinen Lohn und leisteten unvorstellbare Arbeitspensen. Junge Frauen wurden wegen «abnormer Veranlagung» unter Zwang sterilisiert, Burschen bis zur Bewusstlosigkeit geprügelt. Viele von ihnen leiden bis heute unter den traumatischen Erfahrungen.

Vor einem Jahr entschuldigte sich Justizministerin Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrats bei den Opfern von Zwangsmassnahmen für das Leid, das ihnen angetan wurde. Mittelfristig sollen sie auch finanzielle Wiedergutmachung erfahren. Eine definitive Regelung ist in Arbeit, eine Volksinitiative von Betroffenen wurde im März lanciert. Doch bis es so weit ist, werden drei bis vier Jahre vergehen.

Um Opfern in akuter finanzieller Not rasch Hilfe zukommen zu lassen, ist nun ein Soforthilfsfonds geschaffen worden. Betroffene können ab Juni beim Bund um Beiträge ersuchen. Ein Ausschuss, dem Betroffene und Fachleute angehören, prüft die Gesuche. Ab September sollen die ersten Auszahlungen erfolgen. Vorgesehen sind einmalige Beiträge in der Höhe zwischen 4000 und 12000 Franken. Der Fonds wird mit frei-

willigen Beiträgen von Kantonen, Städten, Gemeinden und weiteren Institutionen alimentiert. Insgesamt sollen 7 bis 8 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Der Schweizerische Bauernverband hat kürzlich bekannt gegeben, dass er sich nicht am Fonds beteiligen wolle, weil er diese Politik nicht beschlossen und selbst keine Kinder verdingt habe.

Eine der wenigen Organisationen, welche die Interessen der Verdingkinder vertritt, ist der Verein Netzwerk Verdingt. Präsident Walter Zwahlen erklärt, was er vom Soforthilfsfonds hält.

Für wen ist das Angebot des Soforthilfsfonds geeignet?

Man weiss, dass nur 37 Prozent der Verdingkinder eine Berufslehre machen konnten. Viele haben Gewalt erlitten, sind missbraucht worden und hatten ihr Leben lang eine schlecht bezahlte Stelle.

Walter Zwahlen

Der 64-Jährige vertritt als Präsident des Vereins Netzwerk Verdingt die Interessen ehemaliger Verdingkinder.



Heute haben sie körperliche wie psychische Schäden und eine unzureichende Altersvorsorge. Es gibt Leute, die können sich auswärts nicht mal eine Tasse Kaffee leisten. Für sie ist es enorm wichtig, mit einem Beitrag des Soforthilfsfonds unterstützt zu werden.

Kann man ihnen mit Beiträgen bis höchstens 12000 Franken wirklich helfen?

Langfristig ist es zu wenig, das ist klar. Derzeit ist eine Volksinitiative hängig, die Opfer von Zwangsmassnahmen im Sinne einer Wiedergutmachung entschädigen soll. Die Beiträge aus dem Soforthilfsfonds sind dazu geeignet, um jemanden

schnell zu unterstützen, der in sehr schlechten Verhältnissen lebt. Ausserdem sind viele Opfer inzwischen betagt und brauchen jetzt Hilfe. Sie können nicht länger auf Wiedergutmachung warten.

Welche Bedeutung hat die Schaffung des Soforthilfsfonds für die Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels der Geschichte?

Es ist ein richtiger, erster Schritt. Aber es zeigt sich, dass etwa der Bauernverband oder Kantone wie Genf ausscheren und sich nicht daran beteiligen wollen. Sie behaupten, keine Kinder verdingt zu haben, was natürlich nicht stimmt. Kneifen ist Gift für die Betroffenen.

Der Fonds würde ausreichen, um rund 1000 Betroffene zu unterstützen. Reicht das?

Bisher sind nicht einmal 5 Millionen Franken im Fonds. Ob wirklich 8 Millionen zusammenkommen, muss sich erst noch zeigen. Und ob diese reichen werden, ist ebenfalls völlig unklar. In der Schweiz wird jede Kuh und jedes Schaf statistisch erfasst, aber kein einziges fremdplatziertes Kind. Es gibt nur Schätzungen über die Zahl der Verdingkinder und der weiteren Betroffenen von Zwangsmassnahmen.

Mit wie vielen Opfern rechnen Sie?

Als Grössenordnung: Ich weiss inzwischen von 530 unterschiedlichen Heimen, in denen Kinder und Jugendliche untergebracht wurden. Die Erfahrungen aus dem Ausland deuten darauf hin, dass die Schweiz mit viel zu tiefen Zahlen rechnet. In Deutschland musste der Betrag verdreifacht werden. Es würde mich nicht überraschen, wenn mehr als 20000 Menschen um einen Beitrag ersuchen. Wenn dann die meisten leer ausgehen, wäre das eine Ohrfeige für die Betroffenen.